

Kanzler beeindruckt von Osnabrück und Emsland

Kreischefs in Bonn - Neues Projekt für Arbeitslose

Bonn (ten)
Großes Lob für die tatkräftigen Osnabrücker und Emsländer: Bundeskanzler Helmut Kohl bat am Donnerstag die Kreischefs Heinz-Eberhard Holl und Hermann Bröring zu einem Gespräch nach Bonn, um sich aus erster Hand über deren erfolgreiche Bemühungen um Arbeitslose zu informieren.

Der Kanzler zeigte sich sehr beeindruckt von den Leistungen der kommunalen Serviceagenturen. Diese haben in den Kreisen Osnabrück und Emsland in nur vier Jahren 5600 Empfängern von Sozialhilfe eine dauerhafte und versicherungspflichtige Beschäftigung verschafft. Das ist eine Erfolgsquote von über 50 Prozent. Mit Freude und Stolz registrierten die Oberkreisdirektoren Bröring (Meppen) und Holl (Osnabrück), welche „aufmerksames Interesse“ ihnen der CDU-

an und haben den Mut, außerhalb des Systems zu denken“, sagt Holl. „Unsere Flexibilität ist unser entscheidender Vorteil. Wir treffen eine punktgenaue Auswahl und bieten dem Arbeitgeber die Kraft an, die er sucht“, betont Bröring. Kurze Wege auf kommunaler Ebene und die Vielzahl persönlicher Kontakte erleichterten zusätzlich die Stellenvermittlung. Auch sei inzwischen ein „Klima des Vertrauens“ geschaffen worden, das bei den Unternehmern die Bereitschaft zur Übernahme sozialer Verantwortung fördere.

Explodierende Kosten hatten die Kreise 1994 zum Handeln gezwungen. Waren beispielsweise im Landkreis Osnabrück 1992 Ausgaben in Höhe von 221 Millionen DM für soziale Sicherung erforderlich, mußten im Haushalt 1996 schon 331 Millionen DM dafür ausgegeben werden. Der Grund: Bund und Land hatten die Zahlung von Sozialhilfe auf die Kommunen abgewälzt, zugleich überrollte ein enormer Zuzug insbesondere von Rußlanddeutschen die Region. Die Arbeitslosenquoten schnellten in die Höhe. In dieser Situation reifte die Idee, erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern durch direkte Kontakte Jobs zu vermitteln. Flankiert wurden die Bemühungen der kommunalen Serviceagenturen, in Osnabrück heißt sie „Maßarbeit“, von intensiven Bemühungen, Mißbrauch von Sozialhilfe einzudämmen.

Hilfe für Hopfenbauern

Osnabrück (Eb.)

Für Blattlaus und Spinnmilbe, die ärgsten Feinde der deutschen Hopfenanbauer, soll Hopfen und Malz bald verloren sein. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt will für die Entwicklung eines Verfahrens zur Schädlingsbekämpfung in der Hopfenproduktion ohne chemische Pflanzenschutzmittel knapp 600.000 DM zur Verfügung stellen. Das teilte die Stiftung am Donnerstag in Osnabrück mit. In einem Projekt mit 50 beteiligten Betrieben sollen vor allem gegen die Blattlaus resistente Hopfensorten gezüchtet werden. Als zweites Projektziel soll bei der Spinnmilbe eine Schadensschwelle ermittelt werden, ab welcher der Einsatz von Pflanzenschutzmaßnahmen wirtschaftlich notwendig ist.

Großes Ziel von Holl und Bröring sind Zentren für Arbeit, wie sie in den Niederlanden zu finden sind. Beratung, Betreuung und Vermittlung, unabhängig von Leistungsansprüchen, in einem Büro – das ist es, was die Kreischefs anstreben. „Reibungsverluste können wir uns ebenso wenig leisten wie die Verwaltung von Arbeitslosigkeit“, argumentieren sie. Die Leistungen „Arbeitslosenhilfe“ und „Sozialhilfe“ müssten dringend zu einem System verschmolzen werden. Zur Zeit seien Arbeitslose und Langzeitarbeitslose oft durch Zufälligkeiten miteinander konkurrierenden Regelungen ausgesetzt.



IM KANZLERAMT ließ sich Hausherr Helmut Kohl (Mitte) gestern von den Oberkreisdirektoren Heinz-Eberhard Holl (Osnabrück, links) und Hermann Bröring (Emsland) über deren erfolgreiche Bemühungen um Arbeitslose informieren.
Foto: AP

„Zuwenig Geld für Forschung“

Max-Planck-Präsident warnt vor Folgen

Göttingen (dpa/Ini)
Zum 50jährigen Bestehen der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) hat deren Präsident Hubert Markl zuwenig Mittel für die Forschung in Deutschland beklagt.

Markl sagte am Donnerstag beim Festakt in der Gründungsstadt Göttingen vor rund 550 Wissenschaftlern und Förderern in der Aula der Universität: „Die Bundesrepublik ist nach der Kürzung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich auf Rang sieben zurückgefallen.“ Dies wirke sich nachteilig auf die Innovationskraft aus und gefährde die Zukunft Deutschlands.

Markl bedauerte, daß Wissenschaftler der MPG-Vorgängerorganisation, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, „in die kriegswichtige Rüstungspolitik und in das Unrechtshandeln der Nazi-Diktatur verstrickt waren“. Das Versagen auch der wissenschaftlichen Elite habe dazu geführt, daß vor allem jüdische Forscher entrechtet und verfolgt worden seien. In der Nachkriegszeit habe es die MPG versäumt, diesen „dunklen Zeitabschnitt“ rückhaltlos aufzuklären.

Zur Person

Alexander Gaede, Ehrenvorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), hat das niedersächsische Verdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. Der 72 Jahre alte Juraprofessor nahm die Auszeichnung in Hannover von Umweltministerin **Monika Griefahn** entgegen. (dpa/Ini)

Zur Sache

Die **Max-Planck-Gesellschaft (MPG)** zur Förderung der Wissenschaften gilt als wichtigste Forschungsinstitution auf dem Gebiet der Grundlagenforschung in Deutschland. Die nach dem Physiker und Nobelpreisträger Max Planck (1858–1947) benannte Gesellschaft wurde 1948 gegründet. Die mehr als 80 Max-Planck-Institute in Deutschland betreiben natur- und geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung und verstehen sich als Ergänzung zur Arbeit an den Hochschulen. In jüngster Zeit haben neben den traditionellen Schwerpunkten Chemie, Physik, Technik, Biologie, Medizin und Geisteswissenschaften auch Informatik und Computerforschung an Bedeutung gewonnen.

Kind ausgesetzt Mutter ermittelt

Steinfurt (ja)

Die Mutter, die ihr Kind am Montag in einem Kleingarten im westfälischen Burgsteinfurt ausgesetzt hat, ist von der Polizei aufgespürt worden. Die Frau wohne im Kreis Steinfurt und befinde sich in einer schwierigen persönlichen Lage, teilten am Donnerstag Kreispolizeibehörde und Staatsanwaltschaft mit. Einzelheiten zu den Ermittlungen und den Hintergründen der Tat wollten die Behörden nicht preisgeben.

Beifahrer trägt Mitverantwortung

Gericht mahnt zur Vorsicht bei

Oldenburg (dpa/Ini)
Wer sich zu einem angetrunkenen Fahrer ins Auto setzt, muß bei einem alkoholbedingtem Unfall für eigene Gesundheitsschäden teilweise selbst geradestehen. Das hat das Oberlandesgericht (OLG) Oldenburg in einem am Donnerstag veröffentlichten Urteil entschieden (Az: 8 U 210/96).

Nach Ansicht des 8. Zivilsenats muß ein Begleiter auf Mitfahren verzichten, wenn er die alkoholbedingte Fahruntüchtigkeit eines Autofahrers erkennen kann. Sonst muß er sich bei einem Unfall an Mitschulden bei eigenen Verletzungen zurechnen lassen.

Erkennt der Mitfahrer die Fahruntüchtigkeit des Gastgebers am Steuer erst im Laufe der Fahrt, muß er den Fahrer entsprechend zum Anhalten auffordern und aussteigen. Mit dem rechtskräftigen Urteil hob das OLG eine anderslautende Entscheidung des Landgerichts Osnabrück auf.

Bei dem Rechtsstreit ging es um die Frage, ob die Versicherung eines Autofahrers nach einem Verkehrsunfall ganz oder nur teilweise für die Heilbehandlung eines schwer verletzten Mitfahrers aufkommen muß. Der Unfall ereignete sich im Mai 1991 im Landkreis Grafschaft Bentheim. Das Auto geriet mit insgesamt drei Insas-

Protest Castor-C rund 60

Über fünf Jahre kade des Castor für Atomüll- nemberger Ostb Oberlandesgeri Schlußstrich ur gezogen. Es Donnerstag si und Frauen zu insgesamt 609 Summe gliede 500 DM für ei Umzäunung, die Beseitigung Atom-Parolen zu zahlen. Da Gorleben-Gegr Erfolg errunge ster Instanz ha digte Brennel sellschaft Gc 40.000 DM Sch fordert. Gegen keine Revisio rtenzeichen: 22

sen ins Schleu gen einen Ba schlug sich me rer hatte zum Unfalls einer gehalt von 1,1 Behandlungsk schwerverletz liefen sich au dertausend D die Versicheru wegen Mitve Verletzten nur statten. Das gab ihr jetzt re

Polizei mit Kre

Mit Holzkreuz Schrottautos v ger Polizei die fallzahlen au straße 216 zw und Dannenb Hauptkommis stens sagte am Tote und 580 vergangenen könnten auf deutschen Bu kommentar: werden. Auf d meter langen 1488 gemelde kommen. Mi Plakatwänden schrottautos gängen sollen nehmer an die Gefahr erinne